

Momentum 2019, Abstract zum Kongress-Beitrag (Policy paper)

Eingereicht von Marco Gütle*

Gewünschter Track: Track #8: Gut leben – Nachhaltig (Alternativwunsch: Track #7)

Demokratisierung der Daseinsvorsorge? Individuell und kollektiv organisierte Eigenversorgung mit erneuerbarer Energie in der EU-Erneuerbare-Energien-Richtlinie

Nichts weniger als „Clean Energy for all Europeans“ sieht die 2018 verabschiedete Erneuerbare-Energien-Richtlinie als Teil eines umfangreichen Gesetzgebungspaketes der EU zur Energie- und Klimapolitik vor. Zwei Elemente der Richtlinie stellen dabei auch für die Vorreiter-Länder der Energiewende (wie z.B. Dänemark, Deutschland oder Österreich) wirkliche Innovationen dar: sowohl die Regelungen zur individuellen Eigenversorgung, der sog. „Prosum“, als auch die Regelungen zur kollektiv organisierten Eigenversorgung durch sog. „renewable energy communities“ verleihen bislang wenig beachteten Arten der Versorgung mit erneuerbaren Energien wichtigen Rang. Durch die gesetzliche Förderung individueller (etwa auf dem eigenen Hausdach) und kollektiv organisierter (etwa durch genossenschaftliche Finanzierung und Betrieb von Windparks) Eigenversorgung mit erneuerbaren Energien wird den BürgerInnen ein neuer Zugang zum von Konzernen dominierten Energiemarkt ermöglicht. Die EU-Institutionen erhoffen sich dadurch eine erhöhte Dynamik der europäischen Energiewende, die auch soziale Fragen der Energieversorgung, wie sie bspw. im Phänomen der Energiearmut virulent sind, adressieren soll.

Im europäischen Kontext ist das Phänomen der Eigenversorgung mit dem Begriff der community energy politisch etabliert, während in Deutschland verbreitet von „Bürgerenergie“ gesprochen wird. Am Beispiel Deutschlands zeigt dieser Beitrag auf und diskutiert, welches Potential die Stärkung der community energy durch die Umsetzung der Richtlinie für die Lösung der Klimakrise birgt. Es wird erörtert, weshalb die historische Entwicklung der Erneuerbaren grundsätzlich das Potential zu einem demokratischen „new deal“ auf dem Energiemarkt mit sich bringt. Zugleich wird aufgezeigt, welche Probleme in der Vollendung der Energiewende durch die erhöhte Teilhabe und Mitbestimmung der BürgerInnen behoben werden können. These ist hier, dass der entscheidende Schritt hin zu einer kohlenstoffneutralen Wirtschaft durch eine breite gesellschaftliche Bewegung getragen werden muss, um wirksam zu werden.

In einem zweiten Schritt wird diskutiert, in welchem Spannungsverhältnis die von den Akteurinnen der „community energy“ beschworene Formel der „Demokratisierung des Energiesektors“ einerseits zu den sozialen Limitationen des Engagements in Energiegemeinschaften steht. Studien zeigen, dass in Energiegemeinschaften nicht der Durchschnitt der Gesellschaft, sondern vielmehr tendenziell besser versorgte, ältere, vorwiegend männliche AkteurInnen involviert sind. Welche Schritte sind notwendig, um diesen Bias der Bürger-Energie zu überwinden? Wie ist es möglich, z.B. auch von Energiearmut bedrohten MieterInnen in weniger begüterten Teilen der Städte eine Teilhabe an der Eigenversorgung etwa mit Strom vom Dach des Mietshauses zu ermöglichen?

Andererseits wird das Spannungsverhältnis der community energy zu der weit verbreiteten Energieversorgung durch Stadt- und Gemeindewerke thematisiert. Während energy communities, etwa Genossenschaften, aufgrund ihrer Verfasstheit beanspruchen, demokratische Akteure im Energiesektor zu sein, beanspruchen durch demokratisch gewählte kommunale Gremien kontrollierte Stadt- und Gemeindewerke dies ebenfalls für sich. Während beide Organisationsformen durch ihre demokratische governance einer gemeinwohlorientierten Energieversorgung zuträglich sind, spielen bei Genossenschaften auch individuelle Renditeerwartungen der Mitglieder eine Rolle, während Stadt- und Gemeindewerke für kommunale Haushalten oftmals willkommene Einnahmequellen für andere kommunale Dienstleistungsbereiche, etwa in der Wohlfahrtspflege, darstellen. Damit stellt sich der Konflikt zwischen community energy hier und Stadtwerken dort idealtypisch als Spannungsverhältnis zwischen liberaler und sozialer Demokratie dar. Es wäre gleichzeitig fatal für die Energiewende, diese Differenzen letztlich gegeneinander auszuspielen. Vielmehr, so wird plädiert, braucht es beide Organisationsformen einer demokratischen Energieversorgung zur Lösung der Klimakrise.

Abschließend plädiert der Beitrag dafür, die Stärkung der Eigenversorgung mit erneuerbaren Energien zum Anlass zu nehmen, den Begriff der sogenannten Daseinsvorsorge neu zu interpretieren. Zu diskutieren ist hier, wie im Zusammenwirken von community energy und kommunaler Wirtschaft der Begriff so neu gefasst werden kann, dass er der dringlichsten Bedrohung der Existenz, der Klimakrise, effektiv Rechnung tragen kann. Auch heute noch ist der Begriff der Daseinsvorsorge im Energiebereich zu eng mit der vielfach konventionell bereit gestellten Energie durch Stadt- und Gemeindewerke verknüpft. Die konventionelle Energieerzeugung aber befördert den Klimawandel. Wer „Daseinsvorsorge“ als Rechtfertigung eines wirtschaftlichen Sonderstatus für sich reklamiert, so die These, muss im Sinne unserer Demokratie Klimaschutz nicht nur rhetorisch, sondern tatsächlich – konkret: durch die Umstellung auf erneuerbare Energien – angehen.

Literatur

Amtblatt der EU vom 21.12.2018: RICHTLINIE (EU) 2018/2001 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Neufassung)

Kahla, Franziska/ Holstenkamp, Lars/ Müller, Jakob R./ Degenhart, Heinrich: Entwicklung und Stand von Bürgerenergiegesellschaften und Energiegenossenschaften in Deutschland. Arbeitspapierreihe Wirtschaft&Recht, Leuphana Universität Lüneburg, Lüneburg 2017

Radtke, Jörg: Bürgerenergie in Deutschland: Partizipation zwischen Gemeinwohl und Rendite. Heidelberg 2016

Renn, Ortwin: Keine Energiewende ohne ausreichende Akzeptanz: Warum die Bevölkerung in die Prozesse der Energiewende eingebunden werden muss. - In: Newinger, C., Geyer, C., Kellberg, S. (Eds.), energie.wenden: Chancen und Herausforderungen eines Jahrhundertprojekts, München 2017, S. 62-65.

** Ich befasse mich seit mehreren Jahren als Mitarbeiter im Bündnis Bürgerenergie e.V mit diesem Thema., bin aber auch darüber hinaus politisch an diesem Thema interessiert/engagiert*